

افغانستان آزاد – آزاد افغانستان

AA-AA

چو کشور نباشد تن من مباد بدین بوم و بر زنده یک تن مباد
همه سر به سر تن به کشتن دهیم از آن به که کشور به دشمن دهیم

www.afgazad.com

afgazad@gmail.com

European Languages

زبانهای اروپائی

Aus: Ausgabe vom 20.10.2017, Seite 3 / Schwerpunkt

Von Thomas Berger, Yangon
22.10.2017

Fluchtwelle ungebrochen

Noch immer bringen sich Tausende Rohingya aus Myanmar in Bangladesch in Sicherheit. Internationaler Druck nimmt zu



In langen Schlangen marschieren geflohene Rohingya am Donnerstag zu den Flüchtlingslagern in Palang Khali in Bangladesch

Foto: Jorge Silva/Reuters

Der Exodus der Rohingya aus Myanmar, dem früheren Burma, reißt nicht ab. Von nunmehr 582.000 Geflüchteten sprach Andrej Mahecic, der Sprecher des UN-Flüchtlingshilfswerks UNHCR, am Dienstag vor der Presse in Genf. Allein in den zwei

Tagen zuvor seien 10.000 bis 15.000 Menschen über die Grenze nach Bangladesch gekommen. Die UN-Mitarbeiter versuchen im Bündnis mit lokalen Partnern wie dem Bangladeschischen Roten Halbmond und der Vereinigung Action Against Hunger Nothilfe zu leisten. Ärzte ohne Grenzen bietet medizinische Versorgung.

Unter den Flüchtlingen ist der Anteil an Kindern, Frauen und alten Menschen besonders hoch, viele der Schutzsuchenden sind ausgehungert und dehydriert. Weiterhin ist von Kampfgeräuschen jenseits der Grenze die Rede. Aus dem Konfliktgebiet selbst gibt es nach wie vor keine überprüfbaren Berichte, da die Regierung an der Abschottung festhält. Lediglich einer Gruppe von Diplomaten und Journalisten wurde ein Besuch im Norden des Rakhine-Staates gestattet. Die Mitglieder durften Vertreter aller Volksgruppen treffen, ihr Bewegungsspielraum war aber stark eingegrenzt.

Das UNHCR will nun in Kutupalong ein neues Transitzentrum mit 1.250 Plätzen einrichten und das dort bestehende Flüchtlingslager erweitern. Denn die bisherigen Kapazitäten reichen längst nicht aus. Das ebenso wie Myanmar selbst bitterarme Bangladesch zeigt sich zwar hilfsbereit, ist aber zunehmend überfordert. Premierministerin Scheich Hasina Wajed warb zu Wochenbeginn erneut für einen Fünf-Punkte-Katalog, den sie auf der UN-Vollversammlung in New York vorgestellt hatte. Dieser sieht eine vom UN-Generalsekretär eingesetzte Untersuchungskommission vor, der Zugang zum Krisengebiet gestattet werden müsse. Weiter verlangt sie ein sofortiges und gesichertes Ende aller Gewaltakte und »ethnischen Säuberungen« durch Myanmar, die Rückkehr der Geflüchteten, die Einrichtung von »Sicherheitszonen« unter UN-Aufsicht sowie eine unverzügliche und komplette Umsetzung der Empfehlungen der Kofi-Annan-Mission.

Der vormalige UN-Generalsekretär hatte einen von Myanmars De-facto-Regierungschefin Aung San Suu Kyi selbst eingesetzten Beraterstab angeführt, der am 25. August seinen Abschlussbericht vorlegte. Das ging aber in der just an diesem Tag beginnenden neuen Gewaltwelle unter. Annan selbst hat erneut darauf gedrängt, vor allem das Staatsbürgerschaftsgesetz von 1982 zu ändern. Suu Kyi ihrerseits kündigte in der vergangenen Woche die Gründung eines neuen Gremiums für humanitäre Hilfe, Wiederansiedlung und Entwicklung in Rakhine an, dessen Vorsitz sie selbst führen will. Das Komitee, so die Friedensnobelpreisträgerin, werde seine Aktivitäten mit nationalen und internationalen Nichtregierungsorganisationen, UN-Stellen, der Privatwirtschaft und weiteren Partnern abstimmen. Selbst einige winzige Volksgruppen in Rakhine sind namentlich genannt, das Wort Rohingya fehlt aber in der Erklärung völlig, auch wenn von der Reintegration der Geflüchteten die Rede ist.

Die Weltbank teilte derweil mit, dass sie einen 200-Millionen-Dollar-Kredit für Myanmar, der erst im August vereinbart worden war, wegen der aktuellen Situation auf Eis gelegt habe. Das Geld, das direkt den Staatshaushalt stützen soll, könne erst nach dem Ende der Gewalt freigegeben werden. Die EU wiederum will jegliche Zusammenarbeit mit dem Militär kritisch überprüfen. Unmittelbar wurden alle Einladungen an Armeechef Min Aung Hlaing und andere hochrangige Offiziere zurückgezogen. Zugleich erinnerte die EU daran, dass auch im Shan- und im Kachin-Staat nach dortigen Zusammenstößen zwischen Armee und Rebellen noch 100.000 Binnenflüchtlinge leben.